

Januar 2021

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Corona-Maßnahmen: Mehrzahl für Beibehaltung bzw. Verschärfung	2
Hälfte hofft auf Rückkehr zur Normalität bis spätestens Jahresende	3
Impfbereitschaft nimmt zu	4
Hälfte kritisiert Impftempo, Zuspruch zur EU-Impfstoffbeschaffung	5
Mehrheit zurzeit gegen Privilegien für Geimpfte	7
Arbeit der Bundesregierung: leicht rückläufige Zufriedenheit	8
Politikerzufriedenheit: Spahn büßt deutlich ein	9
Rückzug Merkels: Bedauern überwiegt	10
CDU-Vorsitz: Merz bei CDU-Anhängern nur noch mit leichtem Vorteil.....	11
Unions-Kanzlerkandidat: Söder weiterhin am besten bewertet	12
Sonntagsfrage: Union und SPD verlieren, FDP legt zu	13
Studieninformation.....	15

Zusammenfassung

Noch vor den Weihnachtsfeiertagen hatten Kanzleramt und Ministerpräsidenten einen neuen Lockdown für Deutschland beschlossen. Über den Jahreswechsel ist die Unterstützung für strengere Corona-Maßnahmen deutlich angewachsen zulasten derer, die die geltenden Einschränkungen als angemessen betrachten. Angesichts hoher Infektionszahlen haben Bund und Länder den zunächst befristeten Lockdown mittlerweile verlängert und zugleich verschärft. Vor dem Beschluss von Bund und Ländern sprach sich die Hälfte dafür aus, die bestehenden Maßnahmen auf jeden Fall beizubehalten. Ein knappes Drittel favorisierte strengere Corona-Maßnahmen. Eine Lockerung des Lockdowns befürwortete zu Wochenbeginn nur jeder Sechste.

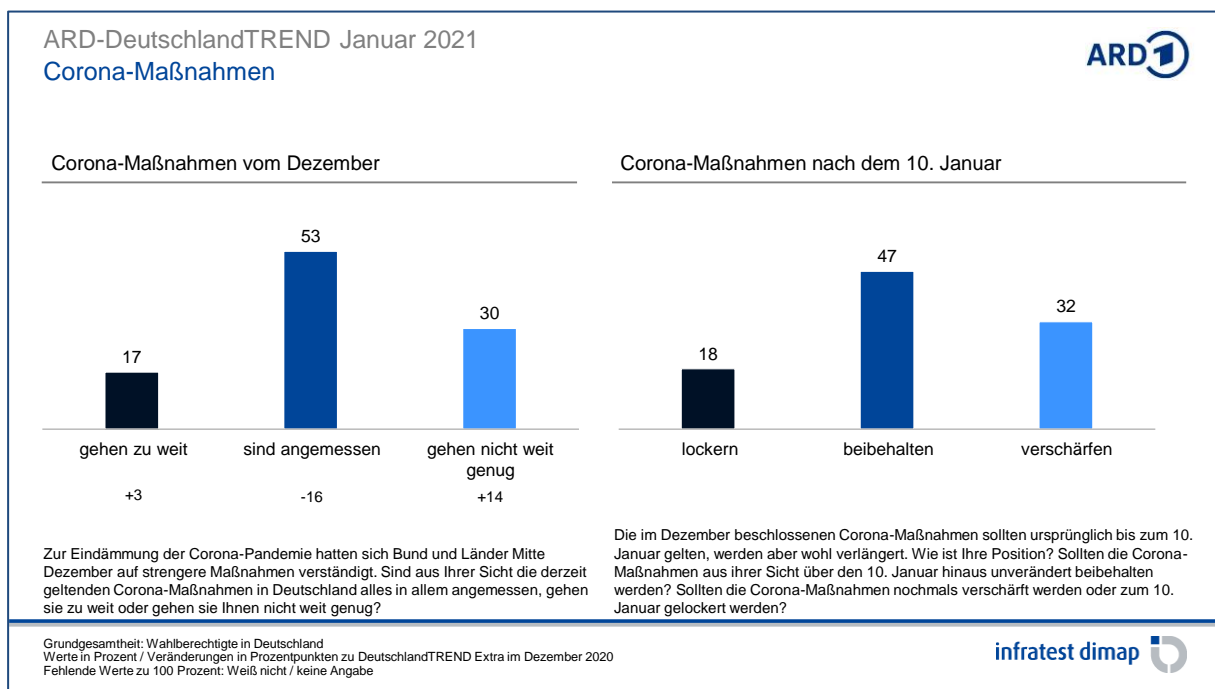
Mit den aktuell geltenden Maßnahmen ist Deutschland von einer Rückkehr zur Normalität weit entfernt. Immerhin die Hälfte der Bundesbürger setzt darauf, dass man spätestens bis Ende des Jahres ohne Corona-Einschränkungen auskommen wird. Vier von zehn sind weniger zuversichtlich. Sie gehen von einer Normalisierung frühestens 2022 aus. Eine entscheidende Rolle bei der Eindämmung der Pandemie kommt der Immunisierung der Bevölkerung zu. Die Impfbereitschaft hat sich seit November deutlich erhöht. Aktuell geben 54 Prozent an, sich auf jeden Fall gegen das Corona-Virus impfen lassen zu wollen. Während das Vertrauen in die Impfung gewachsen ist, bleibt der Impfstart in Deutschland hinter den Erwartungen zurück. Ein gutes Drittel bezeichnet das Impftempo als angemessen, die Hälfte empfindet es als zu langsam. Im Zusammenhang mit dem Corona-Impfstart sind die Bundesregierung und der Gesundheitsminister in die öffentliche Kritik geraten. Der Zuspruch der Bevölkerung zur Arbeit der schwarz-roten Koalition geht gegenüber dem Vormonat leicht zurück, mit 60 Prozent äußert sich aber nach wie vor eine Mehrheit zufrieden. Gesundheitsminister Jens Spahn verliert im Bevölkerungsurteil dagegen deutlicher an Rückhalt und fällt auf den niedrigsten Zufriedenheitswert seit Mai letzten Jahres.

Mit deutlichem Vorsprung wird die Politikerliste auch zu Jahresbeginn von Kanzlerin Angela Merkel angeführt. Sieben von zehn Bundesbürgern äußern sich zu ihrer Arbeit zufrieden. Zugleich überwiegt bis in das Lager von Grünen, SPD und Linken das Bedauern, dass die CDU-Politikerin auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Wer die CDU/CSU im Herbst in den Bundestagswahlkampf führen wird, ist offen. Zunächst steht die Entscheidung zum CDU-Vorsitz an. Die CDU-Anhänger haben eine Woche vor dem CDU-Bundesparteitag keinen Favoriten: Nachdem Friedrich Merz ihr Urteil im November noch klar dominierte, setzen aktuell 29 Prozent der CDU-Anhänger auf ihn, jeweils 25 Prozent bevorzugen stattdessen Armin Laschet bzw. Norbert Röttgen. Dass der neue CDU-Vorsitzende zugleich Unions-Kanzlerkandidat wird, ist nicht nur wegen möglicher Ambitionen des bayerischen Ministerpräsidenten unsicher. Zuletzt wollten Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und auch Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus nicht ausschließen, dass die Union einen Kanzlerkandidaten kürt, der weder CDU- noch CSU-Parteivorsitzender ist. Unter den vier derzeit zur Diskussion stehenden Kandidaten gilt Markus Söder allerdings sowohl in der Bevölkerung wie in der Wählerschaft der CDU/CSU nach wie vor als der Anwärter, der am geeignetsten wäre.

Unmittelbar vor dem CDU-Bundesparteitag liegt die Union in der bundespolitischen Stimmung weiterhin klar vorn. Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt käme die CDU/CSU auf 35 Prozent, 1 Punkt weniger als vor einem Monat. Im selben Umfang gibt auch die SPD ab, die auf 14 Prozent käme. Die Grünen würden wie Anfang Dezember 21 Prozent erzielen, die AfD hätte unverändert 10 Prozent in Aussicht, die Linke verharrt bei 7 Prozent. Auf 7 Prozent käme auch die FDP, die damit um 1 Punkt zulegt. Alle anderen Parteien würden zusammen 6 Prozent (+1) erzielen.

Corona-Maßnahmen: Mehrzahl für Beibehaltung bzw. Verschärfung

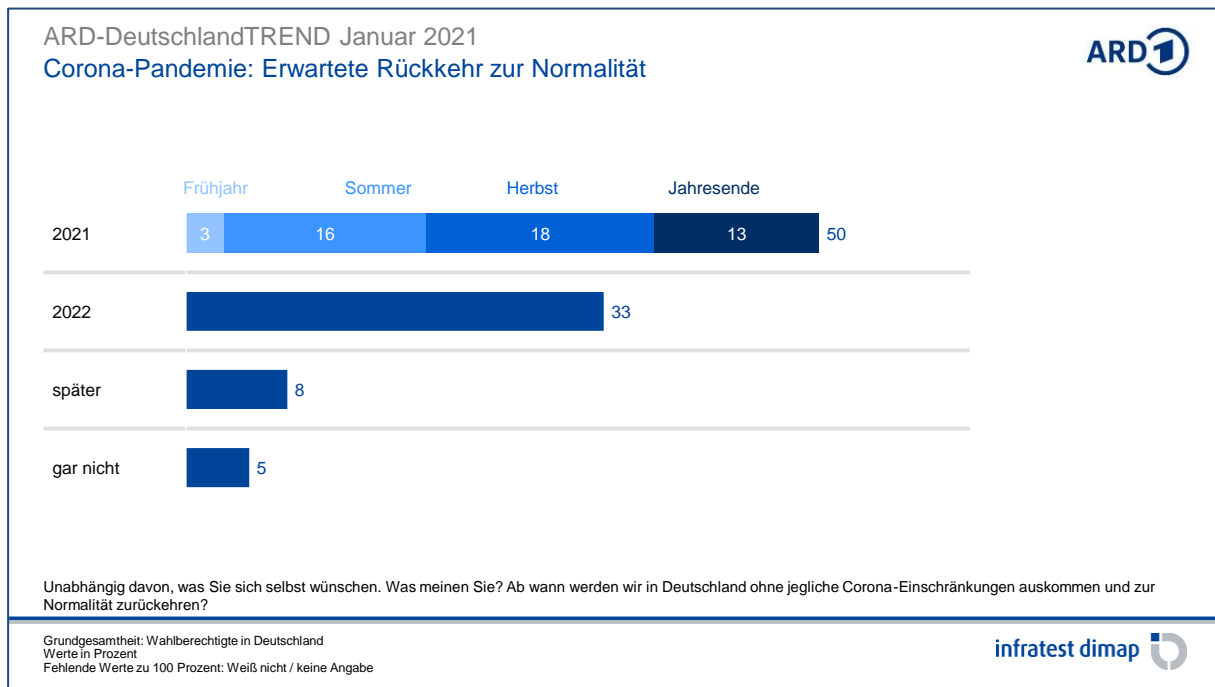
Noch vor den Weihnachtsfeiertagen hatten Kanzleramt und Ministerpräsidenten einen neuen Lockdown für Deutschland beschlossen. Über den Jahreswechsel ist die Zahl derjenigen, die diese Auflagen als angemessen betrachten, von 69 Prozent Mitte Dezember auf 53 Prozent Anfang der Woche gesunken. Im Gegenzug hat die Unterstützung für strengere Corona-Maßnahmen zwischen den Jahren zugelegt: Nach 16 Prozent Mitte Dezember empfanden zu Wochenbeginn drei von zehn (30 Prozent) die geltenden Maßnahmen als nicht weitgehend genug. Die Zahl derer, die die Einschränkungen als zu weitgehend empfinden, ist dagegen über den Jahreswechsel mit 17 Prozent (+3) weitgehend gleichgeblieben.



Angesichts hoher Infektionszahlen haben Kanzleramt und Ministerpräsidenten den zunächst bis zum 10. Januar befristeten Lockdown verlängert und zugleich verschärft. Vor dem Beschluss von Bund und Ländern sprachen sich 47 Prozent dafür aus, die bestehenden Maßnahmen auf jeden Fall beizubehalten. Ein knappes Drittel (32 Prozent) favorisierte zu Wochenbeginn strengere Corona-Maßnahmen. Auf eine Lockerung des Lockdowns zum 10. Januar bestand dagegen zu Wochenbeginn nur jeder Sechste (18 Prozent).

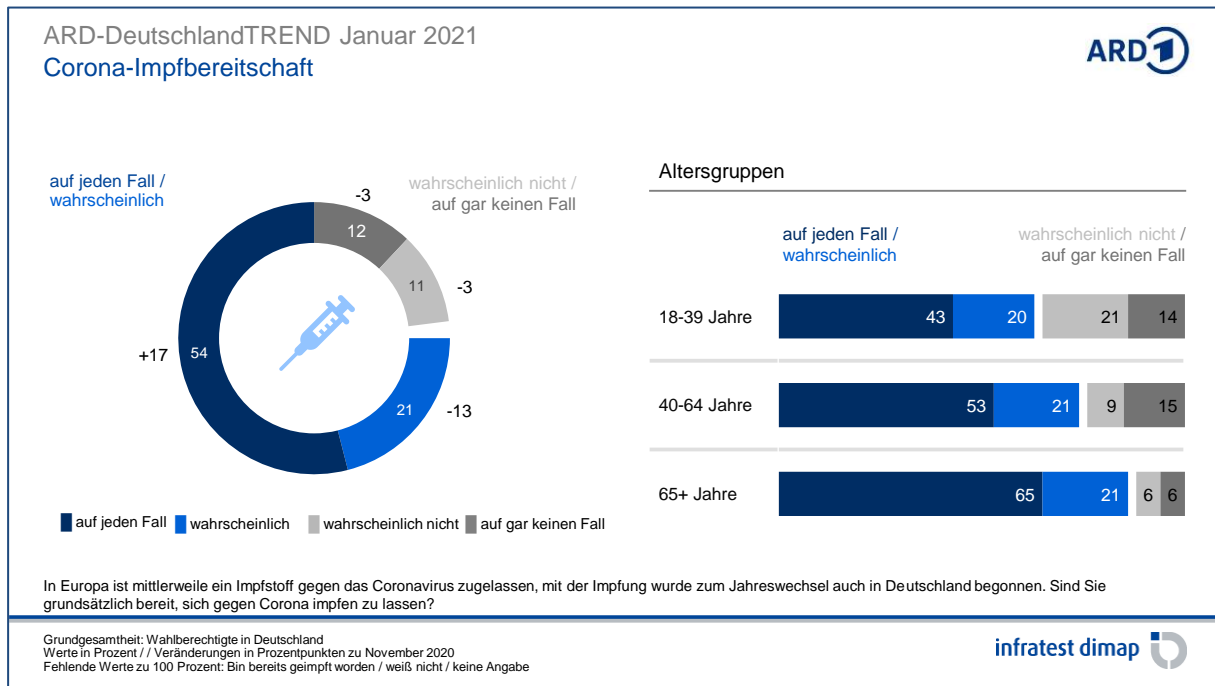
Hälfte hofft auf Rückkehr zur Normalität bis spätestens Jahresende

Mit den fortbestehenden und zur Wochenmitte nochmals verschärften Corona-Maßnahmen ist Deutschland von einer Rückkehr zur Normalität nach wie vor weit entfernt. Die Hälfte der Bundesbürger (50 Prozent) ist optimistisch, dass man spätestens bis zum Ende des Jahres ohne jegliche Corona-Einschränkungen auskommen wird, wobei die meisten mit einer Normalisierung erst zum Herbst bzw. zum Jahresende (31 Prozent) rechnen. Vier von zehn (41 Prozent) sind weniger optimistisch. Sie geht von einer Normalisierung frühestens 2022 (33 Prozent) bzw. erst in den nachfolgenden Jahren (8 Prozent) aus.



Impfbereitschaft nimmt zu

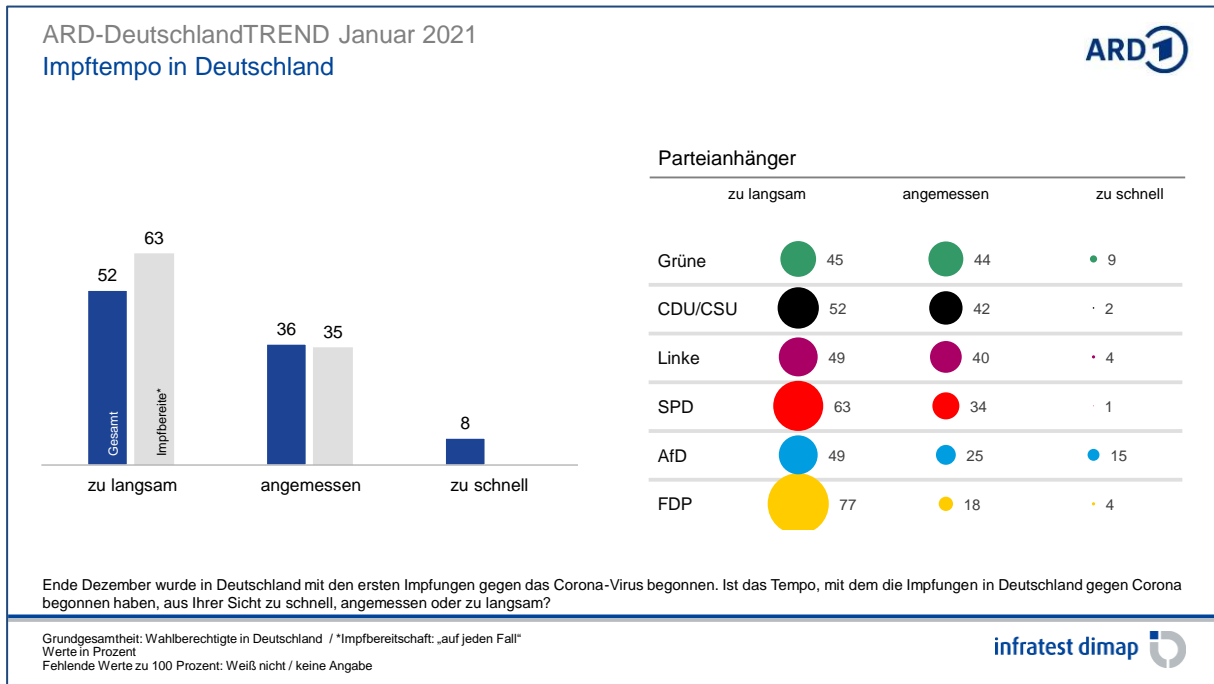
Eine entscheidende Rolle bei der Eindämmung der Corona-Pandemie kommt der aktiven Immunisierung der Bevölkerung zu. Die Impfbereitschaft der Bundesbürger hat sich mit der Zulassung von Impfstoffen, dem weltweiten Beginn von Impfkampagnen bei gleichzeitig unverändert hohen Neuinfektionszahlen deutlich erhöht: Nach 37 Prozent Anfang November geben aktuell 54 Prozent an, sich auf jeden Fall gegen das Corona-Virus impfen lassen zu wollen.



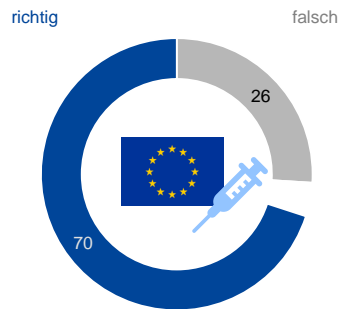
Die Impfbereitschaft ist in allen Altersgruppen gewachsen, insbesondere aber bei den unter 65-jährigen und damit in den Altersgruppen, die einer Impfung bislang eher zurückhaltend gegenüberstanden. Nach wie vor aber zeigen sich die jüngeren Deutschen gegenüber einer Corona-Impfung vergleichsweise weniger offen als Ältere.

Hälfte kritisiert Impftempo, Zuspruch zur EU-Impfstoffbeschaffung

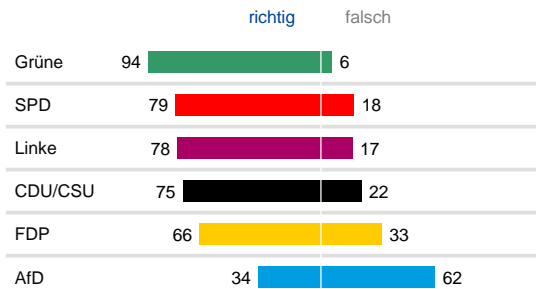
Während das Vertrauen der Deutschen in eine Corona-Impfung gewachsen ist, bleibt der deutsche Impfstart hinter den Erwartungen vieler zurück. Ein gutes Drittel der Bundesbürger (36 Prozent) bezeichnet das Tempo der begonnenen Corona-Impfungen als angemessen, die Hälfte (52 Prozent) aber empfindet es als zu langsam. Kaum jemandem (8 Prozent) ist das Impftempo zu schnell. Von den Deutschen, die sich auf jeden Fall gegen Corona impfen lassen wollen, kritisieren 63 Prozent eine zu geringe Geschwindigkeit bei den begonnenen Impfungen.



ARD-DeutschlandTREND Januar 2021
EU-Impfstrategie



Parteihänger



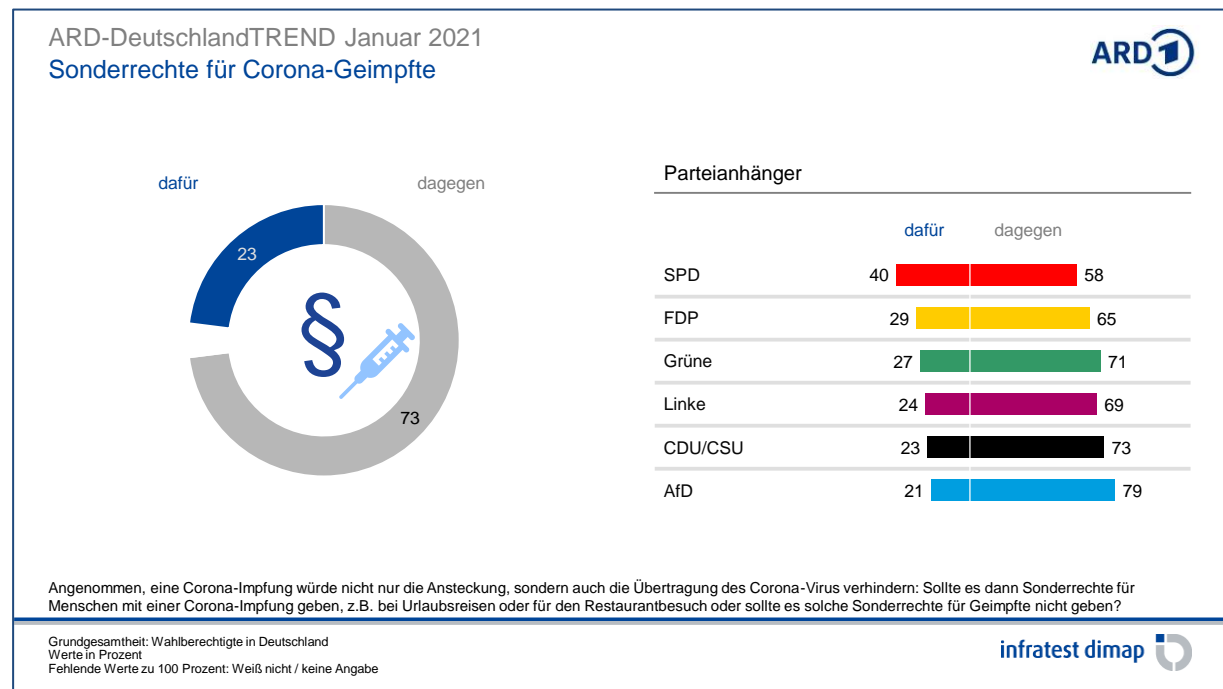
Bei der Beschaffung des Corona-Impfstoffs haben die EU-Länder verabredet, dass nicht jedes Land für sich die Verhandlungen mit den Impfstoffherstellern führt, sondern die EU-Länder gemeinsam den Impfstoff bestellen. Finden Sie dieses Vorgehen der EU richtig oder falsch?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

Ungeachtet der sichtbaren Kritik am deutschen Impftempo findet das EU-abgestimmte Verfahren zur gemeinsamen Bestellung der Corona-Impfstoffe mehrheitlich Zuspruch: 70 Prozent halten das Vorgehen für richtig, 26 Prozent für falsch. Auch unter den Kritikern des deutschen Impftempos überwiegt die Unterstützung für das Verfahren zur Impfstoffbeschaffung in der EU. Von ihnen sind 63 Prozent mit dem europäisch abgestimmten Verfahren einverstanden. Mehrheitliche Unterstützung für die EU-abgestimmte Bestellung von Vaccinen findet sich in den Reihen der Koalitionspartner, aber auch bei Grünen, Linken und FDP. Mehrheitliche Kritik äußern allein die Wähler der AfD.

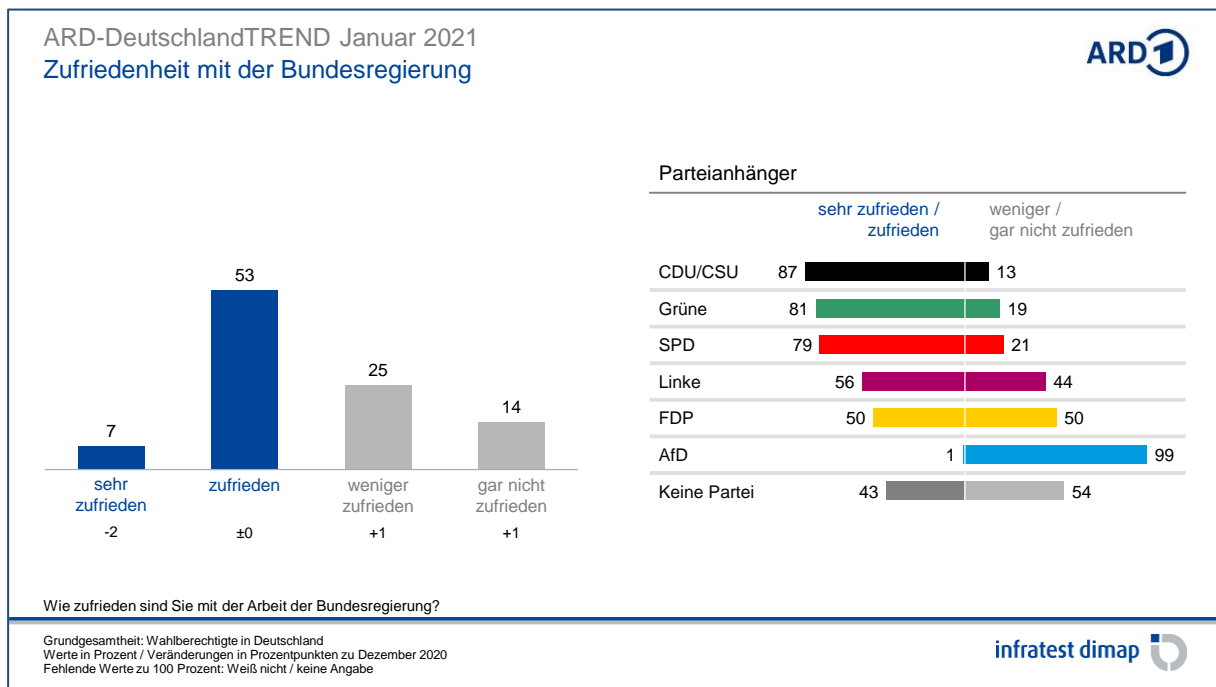
Mehrheit zurzeit gegen Privilegien für Geimpfte

Mit dem Beginn der Corona-Impfungen wird über die Gewährung möglicher Sonderrechte im Alltag für bereits Geimpfte diskutiert. Die Deutschen halten hiervon zum jetzigen Zeitpunkt wenig: Etwa drei Viertel (73 Prozent) sprechen sich dagegen, 23 Prozent dafür aus. Die Ablehnung überwiegt in allen Bevölkerungsgruppen, sie eint impfbereite wie impfabgeneigte Bundesbürger.



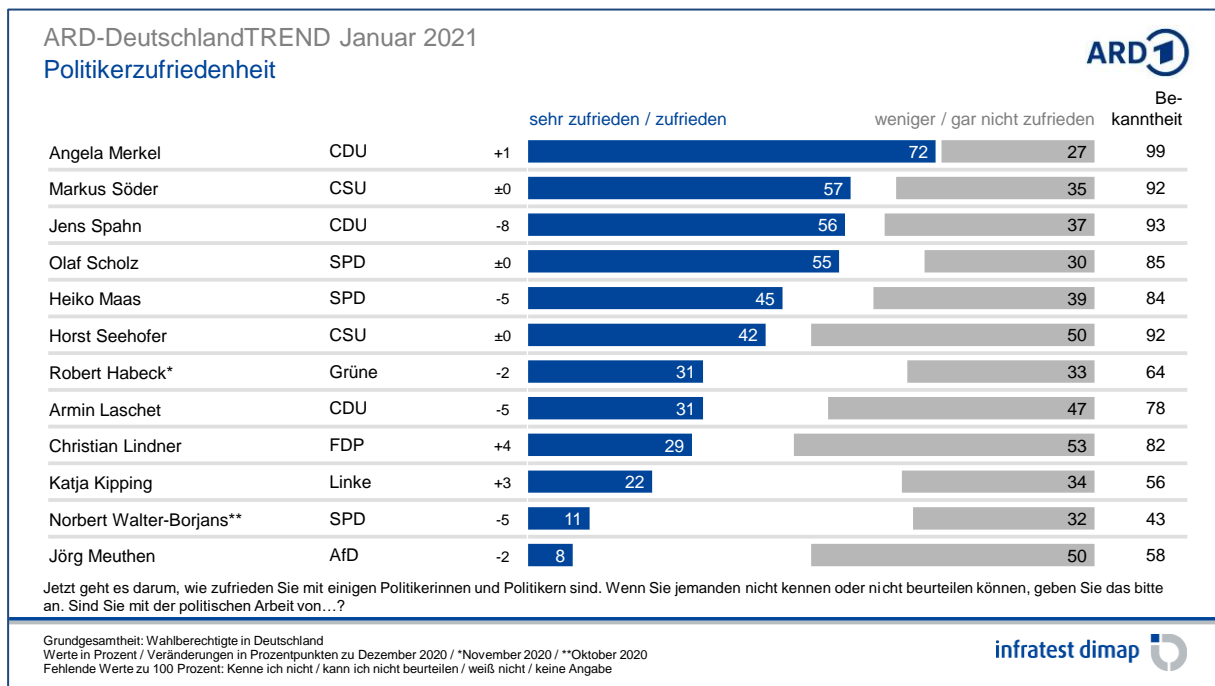
Arbeit der Bundesregierung: leicht rückläufige Zufriedenheit

Im Zusammenhang mit dem Corona-Impfstart ist auch die Bundesregierung in die öffentliche Kritik geraten. Der Zuspruch der Bevölkerung zur Arbeit der schwarz-roten Koalition geht gegenüber dem Vormonat leicht zurück, mit 60 Prozent (-2) äußert sich allerdings nach wie vor eine Mehrheit zufrieden. Vier von zehn üben Kritik. Deutliche Zustimmung für die derzeitige Regierungsarbeit kommt von den Anhängern der Union (87 Prozent) und SPD (79 Prozent), aber auch aus den Reihen der Grünen (81 Prozent). Den Gegenpol hierzu bilden die AfD-Anhänger, die die Arbeit der Bundesregierung faktisch geschlossen kritisieren (99 Prozent). In den Reihen der FDP halten sich Zustimmung und Kritik die Waage.



Politikerzufriedenheit: Spahn büßt deutlich ein

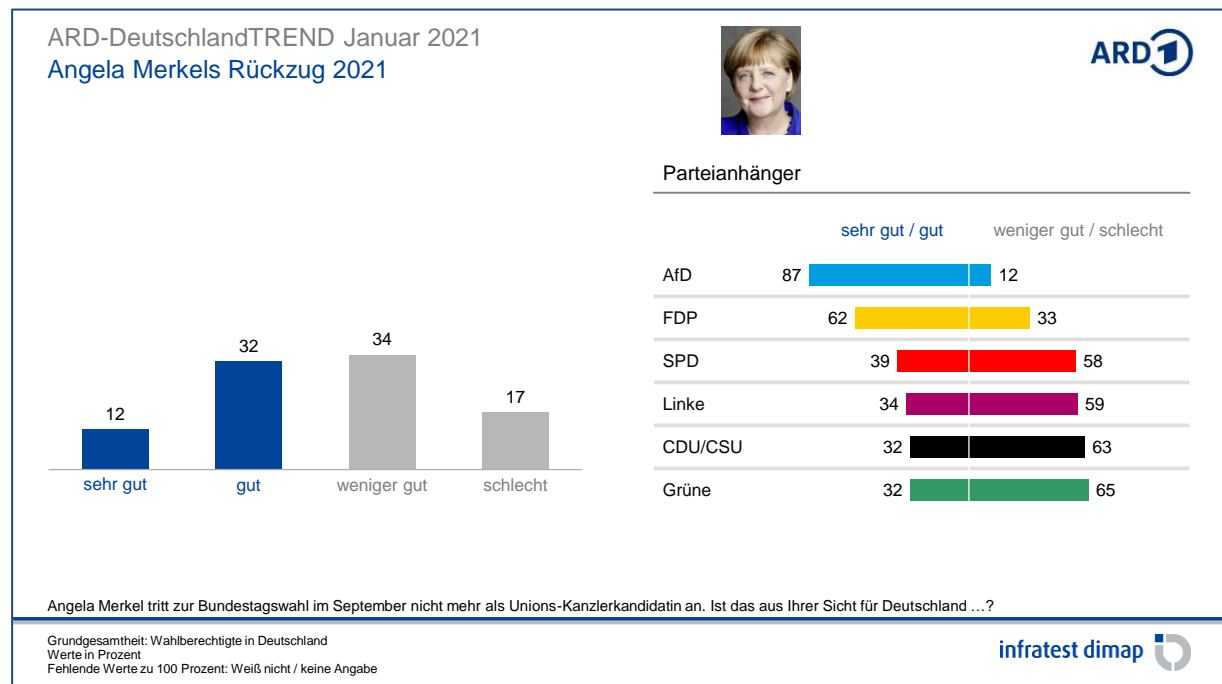
Gesundheitsminister Jens Spahn verliert im Bevölkerungsurteil deutlich an Rückhalt. Mit einem Zuspruch von 56 Prozent (-8) fällt er zu Jahresbeginn auf den niedrigsten Zufriedenheitswert seit Mai letzten Jahres. Angeführt wird die Politikerliste auch zu Jahresbeginn von Kanzlerin Angela Merkel (72 Prozent; +1). In der Bewertung der Bundespolitiker folgen mit deutlichem Abstand neben dem CDU-Gesundheitsminister der SPD-Vizekanzler Olaf Scholz (55 Prozent; +/-0), Außenminister Heiko Maas (45 Prozent; -5) und CSU-Innenminister Horst Seehofer (42 Prozent; +/-0).



Die Vertreter der Berliner Opposition bleiben im Bevölkerungsurteil weiterhin klar hinter den schwarz-roten Regierungsspitzen zurück. Am vergleichsweise populärsten ist der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck mit 31 Prozent (-2 zu November), gefolgt von FDP-Chef Christian Lindner (29 Prozent; +4). Noch-Linken-Chefin Katja Kipping erfährt derzeit einen Zuspruch von 22 Prozent (+3), der SPD-Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans von 11 Prozent (-5 zu Oktober). AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen verharrt mit 8 Prozent (-2) auf dem letzten Platz.

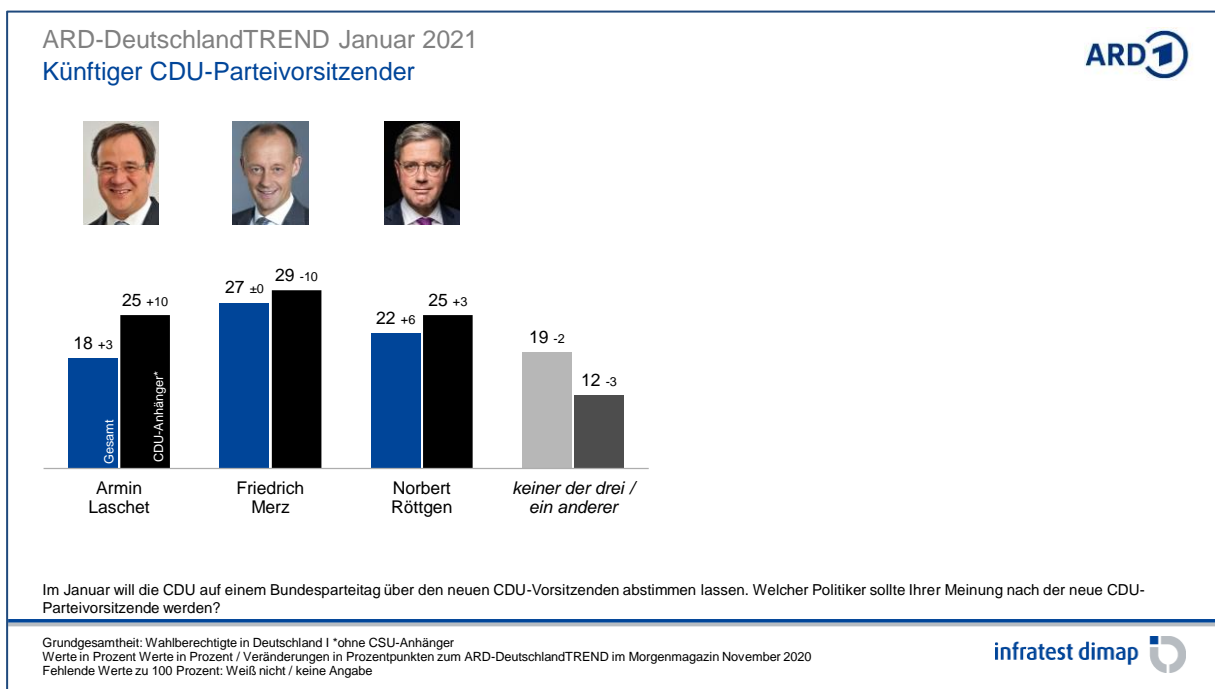
Rückzug Merkels: Bedauern überwiegt

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird voraussichtlich im Herbst nicht erneut als Unionskanzlerkandidatin antreten. Bei den Bundesbürgern überwiegt das Bedauern: 51 Prozent sehen ihren Rückzug für Deutschland kritisch, 44 Prozent bewerten ihn positiv. Nicht nur in den Reihen der CDU/CSU (32:63 Prozent), auch unter den Anhängern von Grünen (32:65 Prozent), Linken (34:59 Prozent) und SPD (39:58 Prozent) herrscht die Ansicht vor, dass ihr Rückzug für Deutschland weniger gut bzw. schlecht ist. Spiegelbildlich hierzu fällt die Haltung bei FDP- (62:33 Prozent), vor allem aber bei den AfD-Anhängern (87:12 Prozent) aus, die jeweils mehrheitlich zu einem positiven Urteil gelangen.



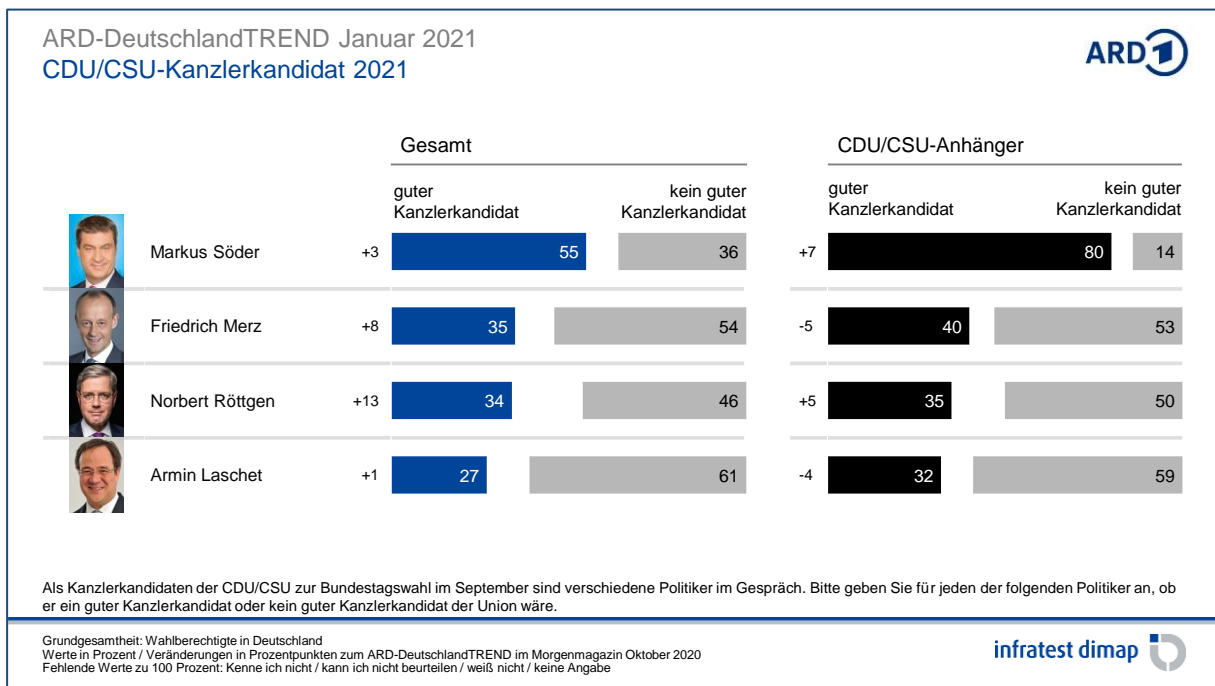
CDU-Vorsitz: Merz bei CDU-Anhängern nur noch mit leichtem Vorteil

Wer statt Angela Merkel die CDU/CSU im Herbst letztlich in den Bundestagswahlkampf führen wird, ist offen. Vor der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur steht die Wahl des CDU-Vorsitzenden an. Gut eine Woche vor dem CDU-Bundesparteitag haben Bundesbürger wie CDU-Anhänger keinen klaren Favoriten: 27 Prozent der Wahlberechtigten sprechen sich für Friedrich Merz, 22 Prozent für Norbert Röttgen und weitere 18 Prozent für Armin Laschet aus. Nachdem Friedrich Merz zumindest das Urteil der CDU-Anhänger im November noch klar dominierte, setzen aktuell nur noch 29 Prozent von ihnen auf Friedrich Merz, jeweils ein Viertel bevorzugt Armin Laschet bzw. Norbert Röttgen. Eindeutiger sind die Präferenzen für den CDU-Vorsitz in den Reihen von FDP und AfD. Sie setzen mit 41 bzw. 57 Prozent klar auf den früheren CDU-Fraktionsvorsitzenden.

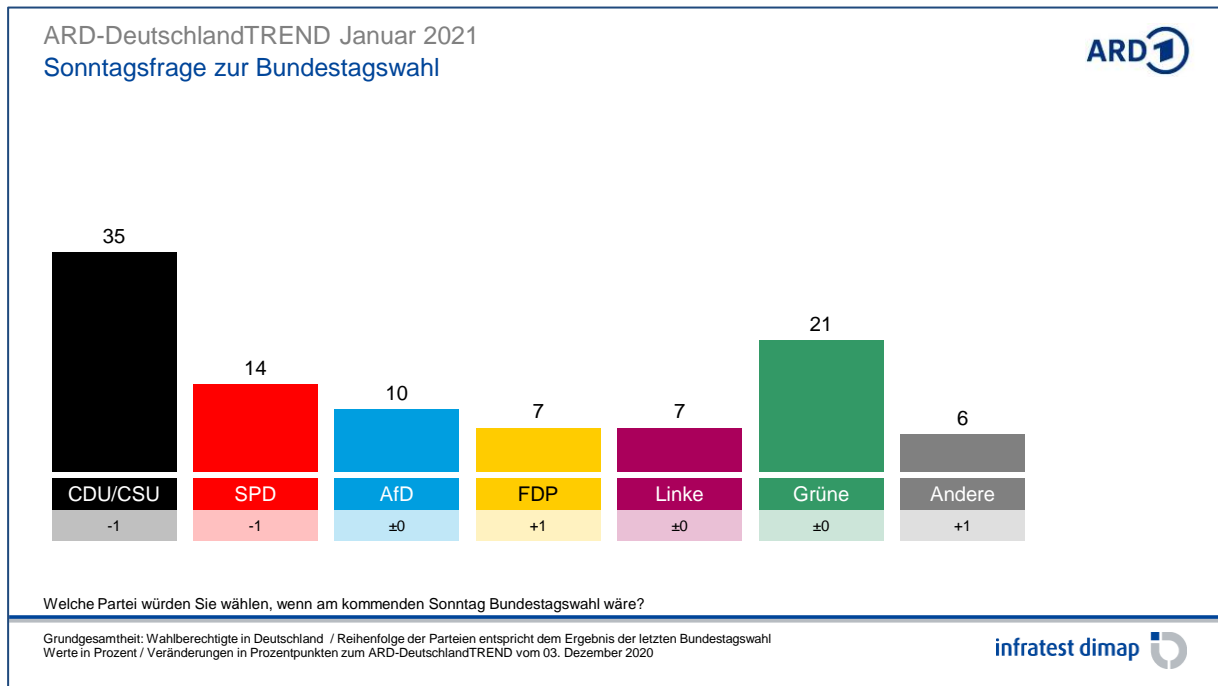


Unions-Kanzlerkandidat: Söder weiterhin am besten bewertet

Dass der neue CDU-Vorsitzende auch Unions-Kanzlerkandidat wird, ist nicht nur wegen möglicher Ambitionen des bayerischen Ministerpräsidenten unsicher. Zuletzt wollten Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und auch Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus nicht ausschließen, dass die Union einen Kanzlerkandidaten kürt, der weder CDU- noch CSU-Chef ist. Von den vier in der öffentlichen Diskussion stehenden Kandidaten erfährt Markus Söder allerdings nach wie vor die mit Abstand größte Unterstützung sowohl in der Bevölkerung wie in der Wählerschaft der CDU/CSU. 55 Prozent der Bundesbürger und 80 Prozent der Unions-Anhänger halten ihn für einen guten Unions-Kanzlerkandidaten. An zweiter Stelle im Urteil der Bevölkerung wie der Unionswähler steht Friedrich Merz, den allerdings nur 35 Prozent der Wahlberechtigten und 40 Prozent der Unions-Wähler als guten Unions-Kanzlerkandidaten bezeichnen. Norbert Röttgen und Armin Laschet gelten bei jeweils 34 bzw. 27 Prozent der Bundesbürger als gute Anwärter. In den Reihen der CDU/CSU-Anhänger überzeugen der frühere Bundesumweltminister (35 Prozent) und der NRW-Ministerpräsident (32 Prozent) jeweils etwa ein Drittel.



Sonntagsfrage: Union und SPD verlieren, FDP legt zu

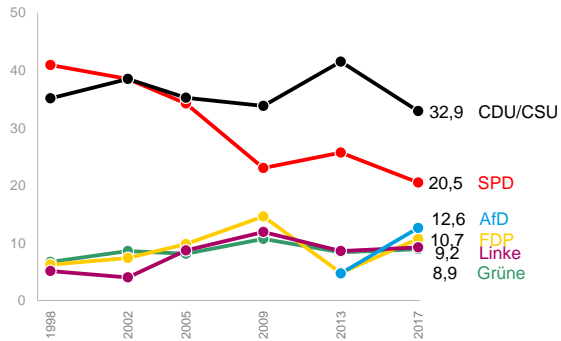


Unmittelbar vor dem CDU-Bundesparteitag liegt die Union in der bundespolitischen Stimmung weiterhin klar vorn. Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt käme die CDU/CSU auf 35 Prozent, 1 Punkt weniger als vor einem Monat. Im selben Umfang gibt auch die SPD ab, die aktuell auf 14 Prozent käme. Die Grünen würden wie Anfang Dezember 21 Prozent erzielen, die AfD hätte unverändert 10 Prozent in Aussicht, die Linke verharrt zu Jahresbeginn bei 7 Prozent. Auf 7 Prozent käme auch die FDP, die damit um 1 Punkt zum Vormonat zulegt. Alle anderen Parteien würden zusammen 6 Prozent (+1) erzielen.

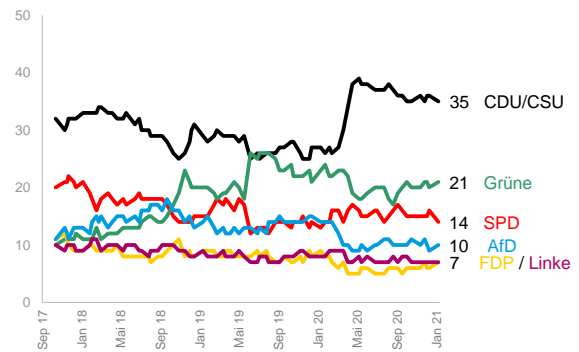
ARD-DeutschlandTREND Januar 2021
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



aktuelle Umfrageergebnisse



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND Januar 2021

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.020 Befragte Sonntagsfrage: 1.520 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	04. bis 05. Januar 2021 Sonntagsfrage: 04. bis 06. Januar 2021	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0